ANTIFA JUGENDINFO

Antifaschistische Jugend-Zeitung

Ausgabe Hamburg nr. 7 Okt. 91 Preis 0,50,-

EIN JAHR GROSSDEUTSCHLAND

MOIN,

Nach langer Wartezeit, (in der wir nicht ganz untätig waren), ist pünktlich zum einjährigen Geburtstag der Wiedervereinigung unser neues Jugendinfo erschienen. Pünktlich zum 3. Oktober deshalb, weil wir ganz einfach auch das Bedürfnis hatten, den Geburtstag "Großdeutschlands" entsprechend zu "würdigen" und eine Bilanz des vergangenen Jahres zu ziehen.

Im großen und ganzen können wir ja eigentlich zufrieden sein, was ist denn schon schlimmes passiert, mal abgesehen von Dutzenden von Überfällen auf AusländerInnen, Flüchtlinge, Schwule, Lesben und sonstige Andersdenkende? Es hat ja auch "nur" ein paar Tote gegeben, wie den Farbigen Jorge Gomondai, der in Dresden aus der Straßenbahn geworfen wurde und seinen Verletzungen erlag, oder Alexander Selchow, der in der Sylvesternach in Rosdorf von zwei bekannten Nazis umgebracht wurde. UNd ansonsten ist ja auch nicht viel gewesen letztes Jahr. Ja, es gab zwar einen Krieg darum, wer in Zukunft bestimmt, wo es in der Welt langgeht, aber wir dürfen ja leider (noch) nicht mitkämpfen.

Aber das war vielleicht auch ganz gut so, schließlich haben wir ja auch unsere Sorgen; als da wären nur hunderttausende Arbeitslose in den 5 neuen Ländern. Allerdings sollten wir nicht verschweigen, daß es nur ein geringes Problem darstellt, da man ja nur ein paar Imbisse, Sexshops oder Supermärkte, am besten noch auf ehemaligen KZ-Gedenkstätten, aufzumachen braucht, und schon ist die Arbeitslosenzahl geschrumpft. Und diejenigen, die noch immer arbeitslos sind, können sich ja die Zeit mit AusländerInnen jagen oder dem Bestaunen von kaiserumbettungen vertreiben. Denn was gibt es schöneres für jeden guten Deutschen, als der Neuverscharrung vom guten alten Fritz beizuwohnen.

Um aber nochmal auf das Thema AusländerInnen zurückzukommen: die sind ja die eigentlichen Schulden an der Misere, schließlich nehmen die paar von ihnen, die sich in den 5 neuen Ländern aufhalten, allen redlichen deutschen ArbeiterInnen die Arbeit weg. Komisch ist nur, daß sie mit ein paar Tausend es schaffen, Hunderttausenden die Arbeit wegzunehmen. Naja, wenn man erstmal die Schuldigen ausgemacht hat, auf denen man herumhacken kann, nimmt man es mit der Wahrheitsfindung eh nicht mehr so genau.

Und sollte mal jemand den wahren Schuldigen an der Misere ein faules Ei an den Kopf werfen, dann wird er gleich von Springer und Co zum Staatsfeind gemacht. Aber anders hat es dieses linke Pack auch nicht verdient. Reden die ganze zeit vom sozialen Notstand, Rassismus usw., aber wo gibt es denn hier einen sozialen Notstand oder Rassismus? Daß die letzten paar KrankenpflegerInnen aus der Ex-DDR für gutes Geld in die westlichen Bundesländer abgeworben werden, ist ja halb so wild. Und die Überfälle auf AsylantInnenheime?.. Tja, das haben die nun davon, daß sie sich nicht in der Heimat foltern und erschiessen lassen. Selbst schuld. Und damit es auch schön schnell gehen kann mit dem Völkermord überall auf der Welt, wird mal eben versucht, den Asylrechtsparagraphen zu verändern, damit man die Asylanten, die ja eh nur "Wirtschaftsflüchtlinge" sind, in ihre Herkunftsländer abschieben kann. Auf daß sie in "Frieden" krepieren können. Amen!

Das schöne an der ganzen Sache ist, daß WIR endlich wieder wer sind. Jetzt, wo wir wiedervereinigt sind, können auch wir verantwortlich in der Weltpolitik, und, wenn wir uns anstrengen, sogar beim nächsten Krieg mitmischen. Wenigstens würden unsere Soldaten dann auch von deutschen Exportwaffen vom Leben zum Tode befördert werden. Denn mit einem Stück Heimat im Herzen stirbt es sich ja viel schöner. Und wenn es nur ein Stückchen heimatliches Blei ist. Hauptsache, die Wirtschaft läuft, und die Profite stimmen.

In diesem Sinne einen frohen und besinnlichen 3.Oktober, auf daß die freie Marktwirtschaft siegen möge!

P.S.: Wir hoffen, daß niemand unser absichtlich so zynisch verfasstes Vorwort missversteht und rufen daher auf, daß Ihr Euch an den "Gegenfeierlichkeiten" am 3.10. in Hamburg (dem Ort, an dem die zentralen Feierlichkeiten der Republik stattfinden), beteiligt!

Es wird Zeit, daß wir ihnen gehörig in die Suppe spucken und ihnen das Feiern vermiesen, denn schließlich haben viele der Menschen in den 5 neuen Ländern auch nichts zu feiern.

FESTE FEIERN BIS SIE FALLEN

Das Maß ist voll -nicht das Boot !!!

Großdeutschland im Jahre 1
Ein Blick in die Tagespresse genügt schon. Zur Zeit läuft in den Medien -mal wieder, muß mensch wohl sagen- eine rassistische Kampagne gegen Flüchtlinge und "ausländische" Menschen.

Von "Ausländerflut, die unser Land überschwemmt" ist da die Rede, vom Boot Deutschland, das unter dem Ansturm von Millionen von Asylanten aus aller Welt zu versinken droht. Auch in der herrschenden Politik wird immer lauter überlegt, wie mensch die Grenzen für ImmigrantInnen dichtmachen kann; und sei es durch die Änderung des Grunzgesetzes. Überall, wo wir hingehen, springt es uns an: "Zuviele...eindämmen...kein Platz mehr" usw. Das "Ausländer raus" an der Wand, die Nazi-Schläger, die rassistische Überfälle verüben, der Rassismus auf der Straße sind nichts anderes als die Konsequenz aus dieser Politik. Wir wollen nicht mehr zusehen, wie Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihrer anderen Nationalität zu Freiwild für die herrschende Politik und den "Volkszorn" gemacht werden, sondern wir wollen reden über den staatlichen Rassismus, die "Ausländergesetze" und die Abschiebepolitik.

Wir wollen reden über die Gründe, warum Menschen flüchten und warum sie ein Recht haben, hier zu sein.

Auf jeden Fall wollen wir nicht schweigen, wie es so viele andere machen. Die ganze Scheisse, die um uns herum passiert, macht uns wütend, und deshalb wollen wir nicht ruhig bleiben.

DIE "ASYLANTENFLUT"

Die Asylanten"flut", die Hamburg 1990 heimsuchte, bestand aus 20 134 AsylbewerberInnen, also nicht einmal 1% der Hamburger Bevölkerung. Nach Schätzungen der UN (United Nations) befanden sich 1990 circa 12-15 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Nur ein winziger Bruchteil von ihnen flüchtete in die westlichen Industriestaaten. Die meisten flüchteten in die angrenzenden und zumeist ebenfalls armen Nachbarstaaten. 1989 zum Beispiel betrug der Anteil von Flüchtlingen an der Gesamtbevölkerung in Somalia 14,6 %. Zum Vergleich: in der Bundesrepublik lag der Anteil bei 0.25%.

Rassismus

DAS "NEUE" AUSLÄNDERGESETZ

Ab dem 1.1.91 ist es in Kraft, das "neue" Ausländergesetz. Die ohnehin reichlich beschissene Situation der hier lebenden "AusländerInnen" wird durch dieses Gesetz noch weiter verschärft. Die politische Betätigung von "AusländerInnen" wird unter Strafe gestellt und ist Ausweisungsgrund, wenn sie gegen die Interessen der BRD hier und im Ausland verstößt. Im Klartext: Wenn einE KurdIn in der BRD lebt und kurdische Befreiungsorganisationen unterstützt, so verstößt er/sie praktisch gegen die Interessen der BRD.

Warum? Der türkische Staat unterdrückt die innerhalb seines Gebietes lebenden KurdInnen auf's Schärfste.

Nun ist die Türkei aber nicht nur ein Militär- und Folterstaat, sondern zufällig auch ein Nato-Bruderland der BRD und wird von ihr nicht nur finanziell unterstützt. Insofern kann ein Angriff gegen türkische Interessen auch ein Angriff gegen "deutsche Interessen" sein.

Genau nach diesem Schema funktioniert das "neue" Ausländergesetz. Wer als hier lebendeR AusländerIn über längere Zeit ohne Arbeit ist, Sozialhilfe bezieht oder Obdachlos ist, kann ausgewiesen werden. "AusländerInnen" werden an ihrer wirtschaftlichen Verwertbarkeit gemessen und nicht mehr als Menschen angesehen. Werden Arbeitskräfte gebraucht, so sind sie gut genug dafür. Werden sie nicht mehr benötigt, können sie einfach abgeschoben werden.

jeder Dreckjob muß unter Umständen angenommen werden, knüpf[illegible] as "neue" Ausländergesetz doch die Erteilung einer Aufenthaltsberechtigung an die Einzahlung von 60 Beitragsmonaten für die gesetzliche Krankenversicherung.



Sklavenarbeit im KZ



Der Tod ist ein Meister aus Deutschland

Er hat viele Namen-
zwei davon sind
IG Farben und Degussa

Die Vereinigung hat wie so vielen auch einem Konzern mit beachtlicher Tradition neue Chancen eröffnet.

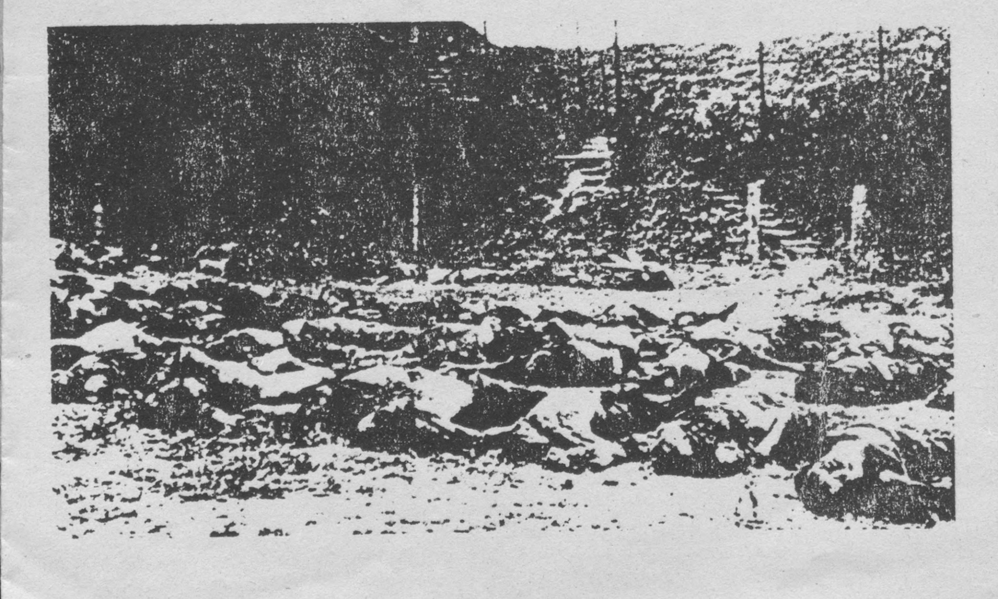
Ihr erinnert Euch vielleicht noch an unsere Ausgabe No. 5 im November '90 zur Reichspogromnacht, wo wir u.a. umfassend über den Konzern IG Farben und dessen Machenschaften während des sogenannten 3.Reiches berichteten. IG Farben war eine der Firmen, denen Nazi-Deutschland ungeheure Profite brachte, beteiligt war sie an dem Emporkommen der NSDAP (massive Spenden) und nahm durch personelle Verflechtungen Einfluß auf die Politik (Planung der Kriegswirtschaft). Die makabere Spitze dieser Unternehmungen war die Beteiligung an der Produktion von Zyklon B, das ab 1941 in den Konzentrationslagern zum Massenmord verwendet werden sollte. (hergestellt und geliefert von der Firma DEGESCH - DEutsche GEsellschaft für SCHädlingsbekämpfung - Tochtergesellschaft von IG Farben und Degussa). Doch IG Farben beteiligten sich nicht "nur" an der Produktion von Zyklon B, sie errichteten ein Werk als Außenlager von Auschwitz, wo sie ohne "Hilfe" der SS allein ungefähr 30.000 Häftlinge durch das Programm "Vernichtung durch Arbeit" ermordeten.

Nach dem Zerfall Nazi-Deutschlands ist IG Farben auf dem Nürnberger Kriegsverbrechertribunal auf die Anklagebank zitiert und verurteilt worden, die Auflösung dieses Unternehmens wurde verfügt und eine Gesellschaft zur Abwicklung gegründet.

Doch abgewickelt wird noch heute, über 40 Jahre später. Ursprünglich sollte das Kapital des Konzerns für Entschädigungen verwendet werden, doch nur ein Vorzeige-Bruchteil der ehemaligen ZwangsarbeiterInnen erhielt Entschädigungen - wobei Renten für ehemalige MitarbeiterInnen kein Problem waren.

Die Abwicklung leufender Geschäfte dehnte sich in Jahrzehnte aus, und bei der diesjährigen anstehenden Aktionärs-Versammlung kann von der Auflösung der Erben der Mörder keine Rede mehr sein. Stattdessen wird dreisterweise Anspruch auf "ehemaliges Eigentum" in der Ex-DDR erhoben. Käme diese Forderung durch, wäre dieser Konzern erneut einer der vermögendsten.

Erstaunlich ist es nicht, was IG Farben sich erdreisten zu fordern - schleßlich ist die Geschichtsrevisionierung in vollem Gange. In der Post-Wiedervereinigungs-Ära ist es möglich, so etwas öffentlich zu fordern, ebenso wie es möglich ist, Friedrich II. mit allem wiedererlangtem nationalistischen Pomp erneut zu Grabe zu tragen; ebenso möglich wie eine öffentliche rassistische Asylgesetzgebungs-Diskussion, die nicht verhehlt, daß es um Zahlen und Wohlstand und nicht um Menschen geht. Die Forderungen des IG-Farben-Konzerns bedeuten darüberhinaus den uneingeschränkten Zugriff auf den Osten, das Recht Deutschlands und der EG der neuen Weltordnung), die Welt unter sich aufzuteilen. Das alles ist nicht neu, neu ist nur die Massivität, mit der dies durchgeführt wird. Was das und der Zusammenbruch der realexsoz-Staaten bedeutet, ist von der Linken in vollem Umfang wohl immer noch nicht begriffen worden, muß aber schleunigst offengelegt werden, damit wir auf ihre Machenschaften entsprechend reagieren können.



Erinnern oder Verweigern



DEMO

Noch was:
Auch wenn diese wunderschöne Stadt gar nicht so richtig zum ekligen Deutschland gehört; aus irgendeinem Grunde wurde beschlossen, die Einheitsfeierlichkeiten auf hamburgischem Boden auszutragen. Weil wir nun auch nach einem Jahr (oder auch: gerade jetzt) absolut nichts gutes an diesem Zusammenschluß sehen können, wollen wir auch nicht mitfeiern. Stattdessen werden wir unser Mißfallen zum Ausdruck bringen. Dazu treffen wir uns am

3. Oktober
um 12 Uhr
vor dem
Bieberhaus am Hauptbahnhof,

wo die rassistische Ausländerbehörde ihr Unwesen treibt. Bis denn!



FREIHEIT FÜR KURDISTAN

Im August dieses Jahres wurde die Welt Zeuge, wie der türkische Staat mit über 40.000 Soldaten in den türkisch besetzten Teil Kurdistans einmarschierte, die irakische Grenze überschritt, die Zivilbevölkerung wie kurdische Flüchtlinge bombardierte. Ziel dieser Aktion war die PKK, die kurdische Arbeiterpartei, sowie die ARGK - die kurdische Volksbefreiungsarmee. Zum ersten Mal mußte der türkische Staat zugeben, daß die PKK kein "Haufen verrückter TerroristInnen", sondern eine Massenbewegung ist. Der türkische Staat behauptete, die Guerilla entscheidend getroffen zu haben, stattdessen richtete sich der Terror gegen die Zivilbevölkerung. Das Vieh der kurdischen Bauern wurde getötet, Höhlen in den Bergen, in die sich die Menschen vor dem Bombardement geflüchtet hatten oder flüchten wollten, wurden zugemauert.



Die Unterdrückung des kurdischen Volkes hat eine jahrhundertealte Tradition. Zusammen mit den PalästinenserInnen sind sie eines der wenigen Völker, denen trotz UN-Resolution noch immer kein Nationalstaat gewährt wird. In letzter Zeit war es der türkische Staat, der die kurdische Sprache und Kultur verbot und mit Massendeportationen und willkürlichen Liqiudierungen gegen das kurdische Volk vorging. Saddam Hussein tat das Gleiche unter Duldung der Weltöffentlichkeit mit deutschem Giftgas. Damals war er noch Verbündeter der USA, wie die Türkei es immer noch ist.

Der Volksaufstand im türkisch besetzten Teil von Kurdistan wird langsam unkontrollierbar; die türkische Regierung kann nur noch mit Terror reagieren. Am 4.Juli wurde der Vorsitzende der kurdischen Partei HEP (Partei der Werktätigen, die legale Opposition) von Todesschwadronen ermordet. Weitere VertreterInnen der HEP bekamen Morddrohungen, auf ihre Autos wurden Bombenanschläge verübt. Am 10.Juli demonstrierten Zehntausende trotz Verbot und schärfsten Repressionen in Dyabakir. Ab 13.00 Uhr wurde die Stadt von Panzern umzingelt, es herrschte Ausgehverbot. Um 16.30 eröffneten Polizei und Militär das Feuer auf den Demonstrationszug und richteten ein Massaker an.

Die Amerikaner blieben nach dem Golfkrieg auf halber Strecke zu Saddam stehen. Tatsächlich zogen sie die Herrschaft Saddam Husseins einem möglichen Machtvakuum oder gar kurdischer oder schiitischer Herrschaft vor. Saddam nutzte die Chance, um in seinem Land brutal gegen die Aufständischen vorzugehen. Als Folge sind die kurdischen Flüchtlingsströme bekannt. Die Lage wurde unkontrollierbar, also wurden "Sicherheitszonen" angelegt. Die Hilfe für die KurdInnen hielt sich international in Grenzen. Im Vergleich zu den Kosten des Golfkrieges machen sie einen winzigen Teil aus; die meisten Hilfen leisteten die vor Ort lebenden KurdInnen, die selber häufig in bitterer Armut leben. Die kurdischen Führer Barzani und Talabani nahmen gleich mit allen Seiten Verhandlungen auf. Die Ergebnisse waren ein herber Schlag für die meisten KurdInnen: Ein kurdischer Staat sei eine übertriebene Forderung, mensch könne aber eine Demokratie wie un der Türkei haben. Barzanis und Talabanis Parteien, PUK und KDP, sind die Parteien der kurdischen Großgrundbesitzer und Feudalherren, die als höchste Forderung "Autonomie" (allerdings unter Beibehaltung ihrer feudalen Privilegien) anzubieten hatten. Deshalb ist es verständlich, daß Barzani und Talabani von der westlichen Welt sofort als Verhandlungspartner akzeptiert wurden.

Im irakisch besetzten Teil Kurdistans arbeiten PUK und KDP offen mit den irakischen Unterdrükkern zusammen. Zum Teil werden die Polizeiaktionen miteinander abgesprochen. Die dort lebenden Kurden haben dafür wenig Verständnis. Als Folge gewann die PKK großen Zulauf, im irakischen Teil Kurdistans bildete sich die PAK (kurdische Freiheitspartei), die mit der PKK zusammenarbeitet. Was verspricht die PKK im Gegensatz zu PUK und KDP? Die Lösung der nationalen Frage (ein kurdischer Staat) wird mit der sozialen Frage (Abschaffung der halbfeudalen Gesellschaftsordnung) verbunden. Mit der türkischen Regierung zu verhandeln hat sich als sinnlos erwiesen angesichts des brutalen Vorgehens des Militärs. Die PKK hat sich für den bewaffneten Kampf entschieden und wird von dem größten Teil der kurdischen Landbevölkerung unterstützt.

Die BRD ist in der NATO zuständig für die Türkei. NATO-Manöver werden auf dem Gebiet Kurdistans durchgeführt, auch nach dem Golfkrieg wird an die türkische Armee Militärhilfe geleistet. Der Chef der GSG 9 hat in der Presse zugegeben, daß Spezialeinheiten für den Kampf gegen die KurdInnen in St. Augustin bei Bonn ausgebildet werden. Die BRD ist also mitschuldig am Völkermord in Kurdistan!

Aber auch die PKK wird in Deutschland verfolgt. In zwei großen Prozessen werden mit haarsträubenden Mitteln, unter Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst, einigen Kurden Verbrechen vorgeworfen, die sie nach dem § 129a ("Unterstützung einer terroristischen Vereinigung") teilweise außerhalb der BRD (!) begangen haben sollen. "Im Düsseldorfer Kurden-Prozeß steht die Anklagebehörde am Pranger ... Sie und der Staatsschutzsenat haben das Verfahren als 'Mammut-Prozeß' inszeniert. Die Anklage ist weitgehend zusammengebrochen", kommentierte sogar die Süddeutsche Zeitung vom 20.3.91. Der am 24. Oktober 1989 begonnene Prozeß dauert aber immer noch an. Die Angeklagten wurden in Glaskäfigen eingesperrt, die Öffentlichkeit sollte vom Prozeß ausgesperrt werden. Die beiden Hauptbelastungszeugen konnten ihre Aussagen nicht aufrechterhalten, da sie sich in immer größere Widersprüche verwikkelten. Nun hat sich die Bundesanwaltschaft einen neuen Zeugen aus Schweden geholt: Den Kurden Ali Cetiner. Dort hatten Beamte der staatlichen Sicherheitspolizei 1988 auf eigene Faust versucht, den Mord an dem schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme durch Hilfe eben dieses Ali Cetiner der PKK in die

weiter nächste seite



DIE ABSCHIEBEWELLEN

Am 1.7.91 sind die Abschiebestopps für die meisten Krisengebiete außer Kraft getreten. Bisher war es so, daß die Innenministerien der einzelnen Bundesländer Abschiebestopps in Krisengebiete festlegen konnten. Staaten wie Iran, Afghanistan, Libanon, Irak, Sri Lanka, Äthiopien und China wurden hierbei fast einhellig als Krisengebiete akzeptiert. Jetzt können die Innenministerien der einzelnen Länder dieses für nur noch maximal ein halbes Jahr. Durch das "neue" Ausländergesetz liegt die Krisengebietsdefinition nunmehr beim Bundesinnenminister.

Plötzlich sind fast alle Krisengebiete gar keine mehr. Und das auch nur, weil sich das deutsche Ausländergesetz geändert hat, nicht etwa die Situation in den jeweiligen Ländern. Jetzt liegt es also in den Händen von Schäuble und seinen Freunden, welchem Flüchtling noch die Gnade zuteil wird, aus einem Krisengebiet stammen zu dürfen.

Ab dem 1.7.91 läuft also eine neue Abschiebewelle. Abgeschoben werden abgelehnte AsylbewerberInnen (weil sie dann doch wohl nicht aus einem Krisengebiet stammen), oder Flüchtlinge, die lediglich eine Duldung erhalten haben. Eine "Duldung" gilt maximal ein halbes Jahr und muß dann bei der Ausländerbehörde verlängert werden. Flüchtlinge mit Duldung erhalten lediglich eine Arbeitserlaubnis für Stellen, die 3 Monate lang keinE DeutscheR wollte. Wohn und Aufenthaltsort werden von der Ausländerbehörde vorgeschrieben.



Freiheit und freie Marktwirtschaft sind das gleiche, möchte mensch glauben.

Anders ist es jedenfalls kaum zu erklären, daß der Iran, wo deutsche Wirtschaftsdelegationen mit fetten Aufträgen empfangen werden, plötzlich kein Krisengebiet und Folterstaat mehr sein soll. Aber Folter allein, hat auch das Bundesverfassungsgericht (in Bezug auf die Türkei) schon gesagt, ist noch lange kein Asylgrund. Schließlich sei das eine auch schon unter dem demokratischen Regime ausgeübte Methode gewesen und treffe schließlich genauso "gewöhnliche Kriminelle".

ALLTAG ALS FLÜCHTLING

Schon heute ist es der Alltag von vielen Flüchtlingen in der BRD, kein Geld, sondern Gutscheine zu bekommen -mit denen mensch übrigens keine Genußmittel wie Tabak oder Alkohol kaufen kann-, in menschenunwürdigen Sammelunterkünften eingepfercht zu leben, und, wie in einigen Hamburger Randgemeinden, zu sogenannter gemeinnütziger Arbeit herangezogen zu werden - bei einem Stundenlohn von unter 5,- DM.

Auch die Möglichkeiten, als abgelehnteR AsylbewerberIn ein Revisionsverfahren anzustrengen, werden mehr und mehr begrenzt.

Das Asylverfahren soll drastisch verkürzt, Berufung grundsätzlich abgeschafft werden. Diese Überlegungen werden von Abschiebesenator HACKMANN unterstützt, der ja auch dafür verantwortlich ist, daß Hamburg ganz gut dasteht: 1990 schob Hamburg 782 AsylbewerberInnen ab. In diesem Jahr werden es weit mehr sein.

HACKMANN wörtlich: "Hamburg schiebt vergleichsweise mehr abgelehnte Asylbewerber ab als andere Bundesländer, auch CDU-regierte."

Da können wir ja alle unheimlich stolz sein, Menschen Folter und Verfolgung auszusetzen und viele von ihnen in den sicheren Tod zu schicken.

Zwar verteilt Hamburg noch keine Gutscheine, dafür wurden aber die monatlichen Kosten für AsylbewerberInnen pro Kopf von 417,- auf 367,- gesenkt.

DIE "WIRTSCHAFTSFLÜCHTLINGE"

Wenn wir der großen Koalition aus CDU, FDP, Teilen der SPD und SpringerPresse glauben, dann gibt es sowieso so gut wie keine politischen Flüchtlinge

Wir müssen uns die Vorgehensweise, die hinter dieser Behauptung stützen soll, etwa so vorstellen: Am Anfang steht die Behauptung, die meisten AsylbewerberInnen seien "Wirtschaftsflüchtlinge".

Das Ausländergesetz wird verschärft, und siehe da - die Anerkennungsquote für AsylbewerberInnen sinkt.

Scharfsinnige Folgerung: Die anfangs aufgestellte Behauptung erweist eich als richtig.

Dazu noch ein Beispiel, daß bestimmte Gruppen aus Prinzip kein politisches Asyl bekommen. Die meisten Flüchtlinge aus der Türkei sind KurdInnen. Seit Jahrzehnten werden die KurdInnen vom türkischen Staat verfolgt. Auf der anderen Seite führt das kurdische Volk seit 1984 einen militärischen Befreiungskampf gegen die Türkei.



IMPRESSUM

★ ANTIFA ★ JUGENDINFO
Antifaschistische Jugend-Zeitung

Das Hamburger Antifa-Jugendinfo wird von der Antifa-Jugendfront Hamburg herausgegeben und von engagierten AntifaschistInnen verteilt. Gegen einen Abdruck in SchülerInnen- oder Jugendzeitungen haben wir natürlich nichts einzuwenden - GEGEN ZUSENDUNG EINES BELEGEXEMPLARS! (Gilt auch für Meiendorf!)

Das Info erscheint unregelmäßig als Eigendruck im Selbstverlag.

V.i.S.d.P.: Sven Hansen, Paulinenstraße 15, 2000 Hamburg 36.

Dies ist ein Grund, warum KurdInnen in der BRD kein politisches Asyl bekommen. Interessant am Rande: Die kurdische Befreiungsorganisation PKK wird auch hierzulande als terroristische Vereinigung geführt und verfolgt.

Wenn die Definition von politischer Verfolgung von bundesdeutschen Gerichten festgelegt wird, dann ist es kein Wunder, daß die meisten AsylbewerberInnen abgelehnt werden. Aber es kommt noch viel schlimmer. Für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern gibt es seit geraumer Zeit generelle Aufnahmestopps, d.h. ihnen wird nicht einmal mehr die Möglichkeit eingeräumt, einen Asylantrag zu stellen, sondern sie werden gleich an der Grenze abgewiesen.

keine Abschiebung von Flüchtlingen!

Nicht schöner ist der Vorstoß von Bayerns Innenminister Stoiber, der die Abschaffung des Art. 16 ("Politisch Verfolgte genießen Asylrecht") fordert und dafür sogar Verbündete findet.

Am beschissensten sind bei der Sache, wie immer, die Frauen dran (das liegt allerdings nicht nur am Gesetz, sondern vor allen Dingen auch an der sexistischen Realität).

Für Frauen alleine ist es an sich schon schwierig genug, in die westlichen Länder zu gelangen. Kommen sie im Schlepptau ihrer Männer, wird ihnen zumeist geraten, keinen eigenen Asylantrag zu stellen, sondern sich praktisch an ihre Männer anzuhängen. Wird deren Antrag dann abgelehnt, werden die Frauen gleich mit abgeschoben. Abgesehen davon wird sexistische Unterdrückung so gut wie gar nicht als Asylgrund anerkannt. Wenn Frauen z.B. in religiösen Staaten selbst die geringsten Menschenrechte vorenthalten werden, ist das nach Definition deutscher (männlicher) Richter keine politische Verfolgung, sondern halt allgemeiner Brauch in jenem Land, den wir ja schön neutral akzeptieren. Auch wenn nach dem Grundgesetz Frauen und Männer noch so sehr gleichberechtigt sind, denn das gilt ja bekanntlich eh nur für Deutsche. Aber was will mensch auch erwarten, in einem Land, in dem allen Ernstes die Frage, ob Frauen vielleicht doch bitteschön über den eigenen Körper entscheiden dürfen (siehe § 218) tatsächlich ernsthaft zur Diskussion gestellt wird...*

Absolut begünstigt wird durch dieses Gesetz auch der Frauenhandel. Für AusländerInnen, die mit Deutschen verheiratet sind, hängt das Aufenthaltsrecht in den ersten vier Jahren gänzlich vom Ehepartner ab. Das heißt, daß eine Frau, die von einem Menschenhändler an ein fettes weißes Schwein verkauft wurde, solange nicht die Möglichkeit hat, sich gegen ihren Mann zu wehren; denn eine Scheidung würde die sofortige Abschiebung bedeuten. Und bei den Verhältnissen in "Drittwelt"ländern ist es tatsächlich eine harte Frage, welche Alternative die schlimmere ist. Selbst nach diesen 4 Jahren ist es sehr schwer, ein eigenständiges Aufenthaltsrecht zu bekommen. Für den Scheißkerl eine feine Sache. Wenn ihm die "gekaufte Ware" nicht gefällt - na prima! Aus den Augen, aus dem Sinn. Mit gesetzlicher Hilfe.

*Besonders pikant ist in dem Zusammenhang auch eine Bemerkung, die die CDU-Politikerin sabine Bergmann-Pohl losließ... die nämlich beklagte sich, daß einige FDP-Politikerinnen nicht den Sinn des von ihr bevorzugten neuen Abtreibungsrechtes begriffen. Dieses Gesetz solle nämlich für "einen spürbaren Rückgang der Abtreibungen" sorgen, "um die Geburtenrate im gesamten Bundesgebiet wieder anzuheben". Da können wir ja eigentlich nur das eiserne Mutterkreuz verleihen, für die unglaubliche Blödheit, sich selbst zusammen mit allen Frauen zur Gebärmaschine für völkisch-deutsche Interessen zu degradieren.



Jetzt können sie wieder alle mithetzen - gegen die "Wirtschaftsflüchtlinge", die "Schmarotzer", die "Asylbetrüger".

Doch läßt sich wirtschaftliche Not überhaupt von politischer Unterdrückung trennen? Ist es nicht so, daß die westlichen Industrienationen an Not und Elend ion der sog. 3.Welt verdienen; daß die westlichen Staaten seit Jahrhunderten die Menschen und Länder ausbeuten und letztendlich Armut und wirtschaftliche Not durch ihre Politik geschaffen haben?! Die Länder der sog. 3.Welt stehen in totaler wirtschaftlicher Abhängigkeit zu den großen Industrienationen.

Sie diktieren die Preise für Agrarprodukte und Rohstoffe auf dem Weltmarkt. Beispiel Kaffee: Kaffee ist einer der wichtigsten Exportartikel der sog. 3.Welt. Durch den Druck der Industrienationen mußten die Erzeugerländer die Preise immer mehr senken. Das heißt für die Kapitalisten: große Gewinne durch Zwischenhandel und Verkauf. Für die ErzeugerInnen heißt es: arbeiten für Minimallöhne und leben am Existenzminimum.

Die BRD-Wirtschaft konnte sich 1989 für die gleiche Geldmenge 41,3 % mehr Produkte aus den Ländern der"3.Welt" aneignen als 1985.

Not und Elend sind keine plötzlich auftretenden Naturkatastrophen, sondern sie sind gemacht. Von wem wohl, wenn wir sehen, daß ein winziger Teil der Erdbevölkerung (Nordamerika und Westeuropa, um die größten Gebiete zu nennen) in relativem bis großem Reichtum lebt, der größte Teil hingegen in Armut.

Die Weiterführung dieser Überlegungen würde den Rahmen dieses Infos sprengen. Wir wollen aber dranbleiben und in einer der nächsten Ausgaben etwas zu Europa '92 und auch mal etwas grundsätzliches zum Rassismus schreiben.

fortsetzung

Schuhe zu schieben. Doch auch hier hatten die Behörden trotz Zusammenarbeit mit dem türkischen Geheimdienst wenig Erfolg. Im Verlauf des hierdurch ausgelösten Skandals mußte sogar die schwedische Justizministerin zurüchtreten.

Die hiesige Bundesanwaltschaft gibt aber nicht auf; am 30. August dieses Jahres wurde der Kurde Mehmet Ali Bilin wegen Mordverdachtes und "Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung" (der PKK) verhaftet. Bisher sind fast alle Anklagepunkte der Bundesanwaltschaft in sich zusammengebrochen. Auch, wenn nachträglich "Beweise" in die Prozeßakten geschmuggelt wurden, hatten sie nicht den gewünschten Erfolg. Es wird jedoch deutlich, daß es der Staatsanwaltschaft nicht um das Ausprobieren der neuen Sicherheitsgesetze geht, vielmehr soll die PKK auf gerichtlichem Wege als "terroristisch" abgestempelt und zerschlagen werden.

Es besteht die Möglichkeit, sich genauer über die Ereignisse in Kurdistan und die Rolle der BRD zu informieren. Gleichzeitig ist es möglich, daß Jugendliche oder Schulklassen mit Schülerinnen und Schülern in Kurdistan Kontakt aufnehmen. Es ist allerdings zu beachten, daß der Briefwechsel nicht zu politisch sein kann, da er sonst für die beteiligten KurdInnen eine Gefahr darstellen könnte. Es ist noch zu bedenken, daß die kurdischen Jugendlich aus einem gänzlich anderen Kulturkreis stammen. Doch gerade der Kontakt mit Jugendlichen, deren Leben sich gänzlich von unserem unterscheidet, die ganz andere Jugendspezifische Interessen aber auch Probleme haben, kann beide Seiten sehr bereichern.

Wer also an dieser Sache Interesse hätte oder weitergehende Informationen über Kurdistan haben möchte, der wende sich an die Freundinnen und Freunde des kurdischen Volkes, Bergiusstraße 12, 2000 HH 50, Tel: 390 21 28 /39 63 86.



Zum Thema "Situation in der Ex-DDR" haben wir nicht so furchtbar viel zusammengekriegt... Aber wir dokumentieren erstmal einen Brief, den wir aus Gera gekriegt haben, das stellt die Lage wohl leider ziemlich gut dar:

"(...) Die Aktionen der Nazis belaufen sich auf Konzerte oder Wohnungen von Linken stürmen (...) Beim New Model Army Konzert ließen sie eine Bombendrohung ab, so daß das Konzert eine Stunde unterbrochen werden mußte.

Ansonsten haben sie öfter unsere Stammkneipen angegriffen, so daß keiner von den von Glatzen bevorzugten Leuten mehr hingeht. Wieder ein Punkt mehr, unsere Organisationsmöglichkeiten zu zerschlagen. (...)

Das härteste bis jetzt war allerdings ein paar Tage vor dem 1. Mai, Freitag: Wir wurden nachts nach der Disco in Hermsdorf (Stadtteil von Gera) auf dem Bahnhof in Gera von ca. 20 Altglatzen, darunter auch Hamburger und Erfurter Skins, erwartet. Das gab Panik. Wir flohen in alle Richtungen vom Bahnhof. Bilanz: 2 Schwerverletzte, 4 mittelmäßig Verletzte (z.B. offener Nasenbeinbruch, Finger abgehackt...) und etliche Leichtverletzte.

Aus sicheren Quellen (...) haben wir erfahren, daß 3 Glatzen Scharfschußpistolen bei sich hatten.

Schüsse haben wir mehr als genug gehört...

(...) In Hermsdorf fangen wir jetzt an, uns ordentlich zu organisieren, wir müssen aber mehr Freiraum haben, und den nehmen uns die Neo-Nazis. Alle Gespräche drehen sich nur noch um Glatzen usw., keiner denkt mehr politisch. Der Alltag der sog. Anarchisten und Linken hier ist das allgemeine Aufpassen, daß man keine auf die Fresse bekommt."

Antifaschistisches Telefon

• ruft an, •
Informiert uns

432187

Mittwoch 19 Uhr bis 21 Uhr

Postkontakt:
Antifaschistisches Telefon
c/o Schwarzmarkt, Paulinenplatz 15
2000 Hamburg 36.

Wißt Ihr von Bedrohungen durch Faschisten?

Habt Ihr Bedrohungen/Angriffe von Nazis mitbekommen, oder wart selber davon betroffen?

Wißt Ihr von faschistischen Aktivitäten?

Wo verteilen sie ihre Propaganda, wo ihre Plakate und Flugblätter und in welchen Stadtteilen treten sie öffentlich in Erscheinung? Wo und wann halten sie Ihre Treffen und Übungen ab?

Wißt Ihr von Rassismus in öffentlichen Einrichtungen?

Kennt ihr Hamburger Kneipen, Discos... in denen Menschen wegen ihrer dunklen Hautfarbe und ihres Aussehens nicht reingelassen werden? Wißt Ihr von rassistischen Praktiken auf Behörden (Polizei, Sozialamt...), bei Maklern und Vermietern?





ZUNAHME VON GEWALTTATEN DURCH FASCHOSKINS IN BUXTEHUDE

War die Aktivitäten der Faschoskins vor etwa einem Jahr noch mehr auf Neu Wulmstorf beschränkt, wo das dortige JUZ häufig Ziel von Faschoangriffen war, hat sich die Rechte Szene und Ihre Aktivitäten mehr nach Buxtehude verlagert.
Seitdem es im Frühjahr zum ersten Mal zu militanten Übergriffen der Naziskins auf Person kam hat sich die Lage kontinuierlich verschärft.
So kam es am 16.6. zu einem Überfall, wo vier rechte Skins einen Punk überfallen haben und diesem dabei schwere Verletzungen zugefügt haben (u.a. zwei Platzwunden am Kopf).
Außerdem wurden schon zweimal beim Freizeitheim Scheiben eingeschmisse. Das erste Mal vor dem Rock gegen Rechts und das zweite Mal nach einem Zeitungsbericht über Jugendbanden(!)



in Buxtehude. Wobei Polizei und Presse wieder versuchen das ganze als Bandenfehde abzutun.
Das Auffällige an der Situation in Buxtehude ist, das bisher (nach unseren Erkenntnissen) nur Linke und Andersdenkend angegriffen wurden und sich ihre Aktivitäten gegen AusländerInnen nur auf verkleben von Spuckies (Klu Klux Klan Buxtehude) beschränkt, es aber noch nicht zu gewalttätigen übergriffen kam.
Der letzte Vorfall ereignete sich am 7.9. als zwei Skins versuchten zwei Antifaschisten, die gerade vom Viva St.Pauli Festival zurückkamen, in der Nähe des Bahnhofs, zu überfallen. Aufgrund der Gegenwehr, mit der sie wohl nicht gerechnet hatten, ergriffen sie die Flucht.